

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarauschuß

31. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. März 1998
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Heinz Maurus (CDU)

Peter Gerckens (SSW)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier Anmeldung zum 26. Rahmenplan 1998 bis 2001 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	4
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1260	
	(überwiesen am 20. Februar 1998 an den Agrarausschuß und den Finanzausschuß)	
2.	Verstärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein	6
	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/1231	
	- Verfahrensfragen -	
	(überwiesen am 23. Januar 1998)	
3.	Bericht des Ministeriums zur Umsetzung der Agenda 2000, Stand der Diskussion	7
4.	Bericht des Ministeriums zum Milchmarktpolitik (Quotenregelung)	10
5.	Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/973	
	(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse)	
6.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG;
hier Anmeldung zum 26. Rahmenplan 1998 bis 1001
„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1260

(überwiesen am 20. Februar 1998 an den Agrarausschuß und den
Finanzausschuß)

St Rüdiger von Plüskow zeigt eingangs die mit den Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe verbundenen Schwierigkeiten der Finanzierung der im Lande vorgesehenen Einzelprojekte auf und unterstreicht die Auffassung der Landesregierung, daß das Förderinstrumentarium Gemeinschaftsaufgabe im Agrarbereich erhalten bleiben müsse, auch wenn es gewisse Tendenzen im Bundesgebiet gebe, dieses Finanzierungsinstrument abzuschaffen. Er bittet die Ausschußmitglieder, die Landesregierung in dieser Auffassung zu bestärken. Gleichzeitig appelliert St Rüdiger von Plüskow an die Ausschußmitglieder, Verständnis dafür zu haben, daß die Agenda 2000 und die Osterweiterung der EU nicht ohne Auswirkungen auf die vorhandenen Strukturen bleiben könnten.

Im weiteren erläutert St Rüdiger von Plüskow die mit der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabemittel von der Landesregierung vorgesehenen Schwerpunkte.

Besonderes Interesse finden in der sich anschließenden Diskussion die Fragen um die Zukunft der einzelbetrieblichen Förderung, sowie Überlegungen zur Förderung der Abwasserbehandlungsanlagen und die Sorge um eine ausreichende Sicherung des Küstenschutzes.

Abg. Peter Jensen-Nissen drängt darauf, alle im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehenden Mittel mit den entsprechenden Komplementärmitteln zu binden. Abg. Claus Ehlers und Abg. Dr. Christel Happach-Kasan sprechen sich gegen eine Infragestellung der Gemeinschaftsaufgabe aus. Abg. Hans Siebke hält die Kürzungen bei den Mitteln für die Abwasserbehandlung

für unvertretbar. Abg. Peter Gerckens bittet, die Mittel für den Küstenschutz voll auszuschöpfen. Abg. Heinz Maurus sieht den Küstenschutz an der Westküste angesichts der reduzierten Fördermittel als gefährdet an und bittet den Ausschuß um eine weitergehende Befassung mit den Küstenschutzfragen.

Die Diskussion abschließend stellt der Vorsitzende anheim, einmal eine Sitzung zum Küstenschutz vor Ort durchzuführen und schlägt Kenntnisnahme des Rahmenplans vor.

Beschluß:

Einstimmig wird der Rahmenplan zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verstärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt
in Schleswig-Holstein**

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1231

- Verfahrensfragen -

(überwiesen am 23. Januar 1998)

Der Ausschuß beschließt eine ganztägige Anhörung am Donnerstag, dem 30. April 1998 von 9:30 bis 17:00 Uhr.

Zur Anhörung vorgeschlagen werden von der CDU folgende Organisationen:

Bauernverband, Landwirtschaftskammer, Fleischerinnung; von der Seite des Handels her COOP, EDEKA und Citti mit Aussagen zur Programmsicherung, außerdem einige Schlachterbetriebe wie MFZ Nordfleisch oder das Schlachtzentrum in Husum sowie ein regionaler Vermarkter wie Plumrose in Böklund.

Für die SPD schlägt Abg. Sabine Schröder das Konserveninstitut in Neumünster sowie die Verbraucherzentrale vor. Abg. Detlef Matthiessen benennt den Verein für integrierte Fleischproduktion, IFB in Quarkenbrück. Von Abg. Peter Gerckens kommt die Anregung, auch einige dänische Veredelungsbetriebe anzuhören.

Die Vorschläge sollen am Donnerstag, dem 26. März, um 13:00 Uhr in der Mittagspause des Plenums abgestimmt werden. Es soll überlegt werden, inwieweit von einigen Organisationen nur schriftliche Stellungnahmen abgefordert werden könnten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums zur Umstellung der Agenda 2000,
Stand der Diskussion**

St Rüdiger von Plüskow grenzt seinen Vortrag auf die Absichten der Kommission zur Agrarpolitik ein und zeichnet ein Grundraster über die auf dem Agrargebiet zu erwartenden Beschlüsse, in die sich auch das Land über die Agrarministerkonferenz einzubringen habe. Nach dem Stand der heutigen Diskussionen werde die Kommission vermutlich in folgende Richtung marschieren:

1. Grundsätzlich werde es zwar weiter eine Intervention geben, allerdings zurückgeführt auf das ursprüngliche Ziel von 1958, nach dem die gemeinsame Agrarpolitik ein Sockel zur Abfederung saisonaler Überschüsse sein sollte, nicht aber zum permanenten Ankauf von Agrarprodukten dienen dürfe.
2. solle daneben auch ein ausreichender Außenschutz vorhanden sein, um den EU-Agrarstandort abzusichern und die EU-Standards mit denen des Weltmarkt in Einklang zu bringen. Dieser Grundsatz sei in der EU unbestritten und werde es auch bleiben. Es sei allerdings noch die Frage der zukünftigen Ausgestaltung offen.

Im weiteren referiert St Rüdiger von Plüskow über die Folgen der zu erwartenden Preissenkungen und die damit verbundenen Ausgleichsmodalitäten. Die Position der Landesregierung gehe dahin, daß es dauernde Ausgleichszahlungen geben müsse, um den Agrarstandort EU zu erhalten und die zu erwartenden Verluste weitestgehend auszugleichen.

Nach Auffassung der Kommission, so fährt St Rüdiger von Plüskow fort, sollen die Ausgleichszahlungen an folgende beiden Kriterien gebunden sein, nämlich

1. an ökologische Kriterien und
2. an die Zahl der Arbeitskräfte im Betrieb.

Diesen Kriterien gelte es sich zu stellen, auch wenn dies kein unmittelbarer Beitrag zur Vereinfachung des bestehenden Systems sein werde, wie sie als wesentlicher Bestandteil der Neuorganisation vorgesehen werde. Denn hier werde die Politik vor sehr schwierigen Entscheidungen stehen, bis es zu einem akzeptablen Ausgleichssystem und zur gleichzeitigen Vereinfachung komme.

Im weiteren referiert St Rüdiger von Plüskow über die vermutlich kommende Neuregelung zu den Obergrenzen. Es werde voraussichtlich zu einer Degression, ausgerichtet an der Größe der Betriebe, kommen. In Schleswig-Holstein würden ungefähr 150 bis 160 Betriebe unter diese Neuregelung fallen. Ziel des Landes müsse es deshalb sein, sich intensiv in die Diskussion einzubringen, um zu versuchen, im Rahmen der nicht ausbleibenden Veränderungen die EU-Beträge, die man gegenwärtig als Unterstützung an die Höfe habe, zu erhalten. Um das zu erreichen, müsse man im Gesamtspektrum der Änderung eine flexible Haltung an den Tag legen können, um das Bestmögliche für das Land herauszuholen.

Im weiteren schildert St Rüdiger von Plüskow die neuen Denkmodelle der Kommission zu veränderten Organisationsformen bei der Milch- und Rindfleischförderung. Es werde darüber nachgedacht, ein Drittel der Mittel in die Eigenverfügung der Länder zu geben. Es sei dabei auf die zu beachtenden Probleme für die föderal gegliederten Mitgliedsstaaten aufmerksam zu machen. Angesichts der umfangreichen Thematik wolle er anheim stellen, dieses Thema einmal in einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu erörtern.

Im weiteren schildert St Rüdiger von Plüskow kurz die überwiegend ablehnende Haltung des Bauernverbandes zu den Vorschlägen der Kommission und warnt davor, von vornherein sich solchen Neukonstruktionen zu verweigern, weil man damit an Verhandlungsmasse verlöre.

Die anschließende Diskussion dreht sich vorrangig um die ökologischen Vorleistungen bei den Transferzahlungen und den Folgen der Absenkung der Obergrenzen. Abg. Claus Ehlers spricht sich gegen das Kriterium „ökologischer Landbau“ aus und schildert darüber hinaus seine Befürchtungen, als Folge der Osterweiterung Einbußen zu erleiden. Er bittet, sich für möglichst lange Übergangsfristen stark zu machen, um die drohenden Verluste in der Landwirtschaft abzufedern.

Abg. Sabine Schröder fordert ein gestaltendes Eingreifen und hält Direktzahlungen im ländlichen Bereich für geeignet, sich in dieser Weise zu betätigen.

Auch Abg. Dr. Christel Happach-Kasan bezeichnet das Mitgestalten als für Schleswig-Holstein lebensnotwendig. Ihr erscheine es wichtig, so fährt sie fort, die verbleibenden Mittel zur Erhaltung wettbewerbsfähiger Strukturen zu nutzen. In diesem Sinne sei auch gegen ökologische Akzente in der Agrarpolitik nichts einzuwenden.

Abg. Detlef Matthiessen glaubt, das Schleswig-Holstein gute ökologische Vorzüge habe, und warnt davor, diese im internationalen Vergleich mindern zu wollen.

Beschluß:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums zum Milchmarktpolitik (Quotenregelung)

St Rüdiger von Plüskow teilt zunächst die Beschlüsse des Deutschen Bauernverbandes zu der Frage mit, wie im Zeitraum 2000 bis 2006 die moderne Milchquote ausgestaltet werden könne und wie in diesem Zusammenhang das Problem der sogenannten Sofamelker zu lösen sei. Er betont, daß die Frage, ob es rechtlich zulässig sei, das eigentumsähnliche Recht des Inhabers einer Quote an einem bestimmten Stichtag auslaufen zu lassen - es handele sich hier um eine ausschließlich deutsche Problematik, hergeleitet aus Artikel 12 GG -, noch nicht gelöst sei und womöglich vor dem Bundesverfassungsgericht zu klären sein werde.

Wichtiger als die Beantwortung dieser Frage, so fährt St Rüdiger von Plüskow fort, sei es im Augenblick allerdings, aus politischer und fachlicher Sicht die Frage zu beantworten, ob das neue Modell einer Quotenbörse, das vom Deutschen Bauernverband vorgeschlagen worden sei, ein Modell sei, mit dem die Landesregierung leben könne. Diese Frage könne bejaht werden; denn das Modell begünstige eindeutig den Agrarstandort Schleswig-Holstein. Es handele sich um ein marktwirtschaftliches Modell, mit dem man durchaus einverstanden sein könne. Deshalb werde es nun darauf ankommen, die Landwirtschaft hinter dieses Modell zu bringen. Erfolg werde das Modell dann haben, wenn sich der Bund bei seinem Rechtsstandpunkt einen gewissen Ruck geben könne.

Die sich anschließende Diskussion dreht sich um die Handhabbarkeit des Börsenmodells sowie die Vor- und Nachteile für Schleswig-Holstein. Darüber hinaus werden Überlegungen über die Lösung der Eigentumsfrage angestellt.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Hinweis, daß der zu vermutende Rückgang der Preise für die Quoten als ein positiver Effekt des Modells gesehen werden könne, daß es aber vorab gelte, alle Betroffenen und Beteiligten mit der Kompliziertheit des vorgesehenen Systems vertraut und das System damit akzeptabel zu machen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß
und alle übrigen Ausschüsse)

OAR Johannes Tüxen bezeichnet den vorliegenden Bericht der Landesregierung als eine Zwischenbilanz, die einen umfassenden Überblick über die bisher eingeleiteten Schritte zur Modernisierung der Verwaltung geben solle. Daneben zeige der Bericht auch noch die anzustrebenden Ziele auf. In dem Bericht gehe es dabei nicht nur um den Agrarbereich, sondern es seien alle Teile der Verwaltung mit einbezogen. Es werde in dem Bericht die ernste Absicht der Landesregierung deutlich, die angestrebten Veränderungsprozesse in Gang zu bringen. Es werde auch ersichtlich, daß das Vorgehen der Landesregierung nicht durch einen von oben konstruierten Masterplan ablaufen solle, sondern daß man bemüht sei, den Veränderungsweg gemeinsam mit allen Betroffenen zu gehen und die Mitarbeiter von Anfang an in die Veränderungen mit einzubeziehen.

Festzuhalten sei auch, daß ein solcher großer Veränderungsprozeß nicht auf einen Schlag gelingen könne, da es darum gehe, Verwaltungsprozesse die zum Teil durch Jahrhunderte gewachsen seien, zu verändern. Solche Veränderungen könnten im Grunde nur im Einvernehmen und bei Akzeptanz aller Mitarbeiter gelingen. Deshalb habe man auch deren Interessenvertreter, nämlich die Gewerkschaften, von Anfang an mit in die Überlegungen eingebunden. Grundlage für dieses zu erzielende Einvernehmen mit den Gewerkschaften sei eine entsprechende Modernisierungsvereinbarung, die mit den Gewerkschaften abgeschlossen worden sei.

Anzumerken sei im übrigen, daß die Verwaltungsmodernisierung nicht ausschließlich als ein Mittel der Sparpolitik gesehen werden dürfe, sondern daß es auch um die Erkenntnis gehe, daß Veränderungsprozesse notwendig seien, um den öffentlichen Dienst auch weiterhin attraktiv zu halten. Auch dies werde mit dem Bericht aufgezeigt.

Beschluß:

Der Ausschuß nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuß beschließt eine zusätzliche Sitzung am Donnerstag, dem 7. Mai, im Rahmen des Besuchs der NORLA. Abg. Gerhard Poppendiecker bittet, dabei auch den Stand des Eingabenausschusses zu besuchen.

Nächster Sitzungstermin: Donnerstag, der 30. April 1998, ganztägige Anhörung zum Thema „Verstärkung des Verbraucherschutzes“.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin